

Zeitschrift:	Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	87 (2009)
Heft:	1
Artikel:	Krisengeschüttelt, reformbedürftig : und dennoch akzeptiert : die Bevölkerungsbefindlichkeit zur Armee
Autor:	Brückner, Thomas
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-342148

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Krisengeschüttelt, reformbedürftig – und dennoch akzeptiert

Die Bevölkerungsbefindlichkeit zur Armee

Thomas Brückner

1. Einleitung

Gemäss der Schweizerischen Bundesverfassung dient die Armee der Kriegsverhinderung, Friedenserhaltung, Landesverteidigung und Hilfe der zivilen Behörden bei schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit.¹ In jüngster Zeit machte sie jedoch weniger mit der Erfüllung dieses Verfassungsauftrages von sich reden als mit Skandalen, Unfällen und Diskussionen um ihre Reformnotwendigkeit. Spätestens nachdem aus höchsten Armeekreisen der Vorschlag verlautbar geworden ist, die Uniform im Ausgang abzuschaffen, um das öffentliche Armeebild nicht zu beschädigen, liegt die Vermutung nahe, dass sich die Akzeptanz unserer Landesverteidigung im Sturzflug befindet. Und dennoch scheint an dieser Institution abzuprallen, was andere Organisationen in ernsthafte Bedrängnis bringen würde. Woran liegt es, dass im vergangenen Jahr 69% der SchweizerInnen – und damit 7% mehr als im Vorjahr – die Armee als notwendig erachteten?²

2. Die Bevölkerungsbefindlichkeit zur Armee und Sicherheitsfragen

Das ETH-Zentrum für Sicherheitsstudien geht durch jährliche Datenerhebungen dieser Frage nach.³ Die Ergebnisse des neusten Sicherheitsberichtes enttäuschen jene, die auf eine Trendwende und Grundsatzdebatte über den Sinn der Armee gehofft haben. Sie lassen sich leicht sarkastisch mit den Worten «Im Westen nichts Neues» zusammenfassen:

- Den grössten Einfluss auf die Armeeakzeptanz haben die militärpolitische Aktualität in der Schweiz und die Beurteilung der weltpolitischen Lage. Dies ergibt sich vor allem aus einer langfristigen Beobachtungsperspektive. Umso erstaunlicher ist, dass sich derzeit zwar rekordverdächtige 90% aller Befragten allgemein «sehr» oder «eher» sicher fühlen, der Bevölkerungsanteil an Armegegnern seit Ende der 90er-Jahre aber nicht zugenommen hat und zwischen 13 und 17% pendelt. Ebenfalls verwundert, dass die Zukunftseinschätzung der Schweiz und der weltpolitischen Bedrohungslage zum Umfragezeitpunkt eine optimistische war und sich der einfache Zusammenhang zwischen einer allgemeinen Bedrohungswahrnehmung und Armeeakzeptanz somit

¹ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, SR 101, Art. 58, Abs. 2.

² Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Silvia Würmli (et. al.), Sicherheit 2008. Aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend, Zürich 2008, S. 151.

³ Die Datenerhebungen werden regelmässig seit über 25 Jahren durchgeführt und fanden zuletzt im Jan./Feb. 2008 bei 1200 Personen statt; jüngste relevante Ereignisse und Krisen («Fall Näf», «Unfall auf der Kander», Wirtschaftskrise) fanden folglich noch keinen Eingang in den Bericht.

nicht herstellen lässt. Obschon in der Bevölkerungswahrnehmung die Bedrohung durch Terrorismus gestiegen ist, sieht nur eine Minderheit der SchweizerInnen seine Bekämpfung als alleinige Aufgabe des Militärs. Hierin unterscheidet sich dieses Bedrohungsszenario deutlich von jenem des Kalten Krieges. Eine mögliche Erklärung für die gestiegene Armeeakzeptanz ergibt sich allerdings aus der Forderung nach einer Aufgabendiversifizierung der Armee. Die Mehrheit der SchweizerInnen erwartet von der Armee vornehmlich die Hilfe bei Grosskatastrophen im In- und Ausland sowie die Übernahme von Aufgaben im Bereich der humanitären Hilfe und Raumsicherung. Auch Sicherheitsvorbereitungen zur Euro 08 haben sich positiv auf die Armeeakzeptanz ausgewirkt. Die klassische Landesverteidigung im Kriegsfall wird nicht mehr als Kernaufgabe angesehen. Im Umkehrschluss spricht dies für das Fehlen eines plausiblen militärischen Bedrohungsszenarios und das Verwischen von innen- und aussenpolitischen Sicherheitsvorstellungen.

2. Wer die Armee als notwendig erachtet, spricht sich in der Tendenz auch für Beibehaltung ihrer Organisationsform und -praxis aus. Dies kommt anhand dreier militärpolitischer Diskussionen zum Vorschein: Armeefürworter machen sich für

die herkömmliche Milizarmee und Wehrpflicht stark, möchten die Ordonnanzwaffe nach wie vor im Privatschrank aufbewahrt wissen und würden die Anschaffung neuer Kampfjets als Ersatz für die «F-5-Tiger» begrüßen. Allerdings wäre in den beiden letzteren Fragen keine Stimmenmehrheit an der Urne zu gewinnen.⁴ Diese drei Beispiele zeigen, dass die grundsätzliche Frage der Armeeakzeptanz durchaus Auswirkungen auf die Meinung zu aktuellen militärpolitischen Vorlagen hat. Wenngleich der Missbrauch von Armeewaffen

wie etwa beim Tötungsdelikt am Hönggerberg 2007 keine nachteiligen Auswirkungen auf die allgemeine Armeeakzeptanz zeitigte, so war das Delikt mit ursächlich für das wachsende Bevölkerungsbedürfnis nach einer Reform der Armeepraxis.

3. Bei der Erklärung der Armeeakzeptanz in ihrem Zusammenhang zu aussenpolitischen Sicherheitsvorstellungen und soziodemographischen Merkmalen sind über die Jahre keine drastischen Veränderungen ersichtlich. Auffälligstes Merkmal ist, dass der Anteil an jungen (und institutionstragenden) ArmeefürworterInnen mit 52% deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt liegt. Doch die Umfrageergebnisse früherer Jahre machen klar, dass daraus keine schwindende Legitimationsbasis für die Zukunft vorausgesagt werden kann. Vielmehr besteht ein Zusammenhang zwischen jugendlichem Alter und einer geringeren Bedrohungswahrnehmung. Kritisch gegenüber der Armee eingestellt sind SchweizerInnen, die sich als politisch links deklarieren und den Beitritt zur EU/Nato anstreben. Auf hohe Akzeptanz stösst die Armee dagegen bei jenen SchweizerInnen, die einen Autonomismus propagieren und das Land vor Souveränitätseinbussen bewahren möchten.

Die Armeeakzeptanz war in den letzten Jahrzehnten zweifelsohne qualitativen und quantitativen Veränderungen unterworfen. Als prominenteste Beispiele dienen das historische Tief Anfang der 90er Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, das

⁴ Die Zahl der Befürworter von privat gelagerten Ordonnanzwaffen ist seit 1998 von 57% auf 34% (2008) gesunken.

spürbare Nachlassen ihrer Legitimationsbasis im Jahre 2004 wegen der Enttäuschung über die Armee XXI sowie die seit 1976 stetig abnehmende gesellschaftliche Bedeutung der Armee. Dennoch zeigen diese zusammenfassenden Bemerkungen zum Sicherheitsbericht, wie schwierig es ist, die gesamthaft gesehen hohe Akzeptanz in Verbindung mit Bedrohungsszenarien und einem Sicherheitsbedürfnis der SchweizerInnen zu setzen.

3. Bedrohungswahrnehmung, Sicherheitsbedürfnis und Armeeschutz

Seit gut zehn Jahren hat sich in den internationalen Sicherheitsstudien die Überzeugung etabliert, dass Sicherheit mitnichten eine objektive Tatsache ist, sondern eine diskursiv produzierte Wahrnehmung. Namentlich die «Copenhaguen School» um Barry Buzan und Ole Waever hat es verstanden, ein Modell zu entwickeln, das nicht die «Richtigkeit» von Sicherheitsbedrohungen im Blickpunkt hat, sondern nach den gesellschaftlichen Prozessen hinter einem als legitim erkannten Sicherheitsproblem fragt.⁵ Bei der sogenannten «securitization» formuliert ein Akteur (z. B. PolitikerIn/Institution etc.) ein Sicherheitsproblem für ein Referenzobjekt (z. B. Verfassung/Ethnie/Religion/Wirtschaft/Umwelt etc.). Sofern die Öffentlichkeit das Problem als legitim anerkennt, befähigt sie den Akteur «ausserordentliche Massnahmen» (z. B. militärische Mobilmachung/drastische Umweltschutzmassnahmen/Eingriff in die Freiheitsrechte) gegen das Problem zu ergreifen. Sicherheitsbedrohung gibt es damit in jedem Politikbereich und kann von einem Bereich in den anderen getragen werden (z. B. bewaffnete Auslandseinsätze zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen).

Die Armee gerät aus volkswirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Erwägungen unter Druck.

Der Reiz an diesem Modell für die Frage nach der Armeeakzeptanz in der Schweiz liegt auf der Hand. Es bietet drei Erklärungen an:

1. Die Schweizer Armee hat es verstanden, sich in der Bevölkerungswahrnehmung als legitimes Mittel gegen diverse Sicherheitsbedrohungen darzustellen. Diese Erklärung scheint – trotz des dahin gehenden Verfassungsauftrags – unwahrscheinlich. Zu offensichtlich sind die fehlenden Kapazitäten und Ressourcen im Vergleich zu vielen westeuropäischen Armeen. Zwar möchten viele SchweizerInnen die Sicherheitsinteressen ihres Landes durch das Ausüben guter Dienste, Friedens- und Katastropheneinsätze wahren. Doch gerade die Debatten um Sinn und Zweck der Armee zeigen, dass es die Armee nicht verstanden hat, sich in weiteren Bevölkerungskreisen als unabdingbare Institution zur Wahrung dieser Interessen zu legitimieren. Selbst bei der Bedrohung durch den Terrorismus, die derzeit am stärksten als militärisches Sicherheitsproblem erkannt wird, befürwortet eine Mehrheit der SchweizerInnen eine militärische Bekämpfung des Problems zusammen mit der Polizei. Zudem quälen laut jüngstem Sorgenbarometer der gfs. bern die SchweizerInnen vornehmlich die Sorge um Arbeitslosigkeit, Krankenkassen und die Altersvorsorge.⁶ Anstatt ihre Legitimationsbasis auf diese Sicher-

⁵ Barry Buzan, Ole Waever, Jaap de Wilde, Security. A new Framework for Analysis, London 1998 ; Barry Buzan, Ole Waever, Regions and Powers. The Structure of International Security, Cambridge 2003.

⁶ Claude Longchamp (et. al.), Die Schweiz zuerst. Problembewusstsein und Selbstverständnisse in der Schweiz im Umbruch, Schlussbericht, Bern 2008, S. 2.

heitsproblemen zu gründen, gerät die Armee vielmehr aus volkswirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Erwägungen unter Druck.

2. Die Armee wird erfolgreich durch andere als «schützenswert» erklärt, sie selbst ist das Referenzobjekt einer «securitisation». Diese Erklärung birgt mehr Potenzial: Zum einen mangelt es nicht an Traditionalisten, die gerade in den letzten Jahren vermehrt die staatsbürgerlich-erzieherische Funktion der Armee ins Feld führen.

Die Armeeakzeptanz stützt sich auf einen Diskurs, der die Abschaffung der Armee als Sicherheitsproblem deklariert.

Zum anderen geniesst die Armee ein relativ hohes Institutionenvertrauen und rangiert hinter den Rechtsinstanzen, aber noch vor Landesregierung, Parlament, Parteien und Medien, auf dem dritten Rang. Ein derart hohes Vertrauen in eine Institution, die wenig medienwirksame Erfolge präsentieren kann, lässt erstaunen. Sicherlich bietet das Milizwesen einen Erklärungsansatz für diesen hohen Wert. Das Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen korreliert allerdings weit weniger mit dem Vertrauen in die Arme als mit dem

Vertrauen in andere staatliche Institutionen. Dies führt zur dritten Erklärung.

3. Die Armeeakzeptanz stützt sich auf einen Diskurs, der die Abschaffung der Armee als Sicherheitsproblem deklariert.⁷ Damit soll nicht einer Aktivdienstgeneration das Wort geredet werden, aber eine grosse Bevölkerungsmehrheit kann sich eine Schweiz ohne Armee nicht vorstellen – so sehr die Armee auch Negativschlagzeilen produzieren mag. Weiter gestützt wird diese Erklärung durch die beobachtete «Entzauberung» der Armee.⁸ Gerade in den letzten Jahren ist die Vorstellung gewachsen, dass die Armee ein «notwendiges Übel» sei.⁹ Die Gründe für die Ablehnung einer Schweiz ohne Armee mögen historischer, wertkonservativer, pragmatischer oder gar zukunftsoptimistischer Natur sein. Entscheidend bei dieser Erklärung bleibt, dass weder der gesellschaftliche Wert der Armee noch ihre Effizienz bei (imaginierten) Bedrohungen ausschlaggebend für ihre Akzeptanz sind.

4. Schluss

Die Armeeakzeptanz bleibt trotz globaler Probleme, Negativschlagzeilen und wirtschaftlichen Sorgen der SchweizerInnen hoch. Das Sicherheitsempfinden und die aussenpolitische Bedrohungswahrnehmung vermögen die hohe Akzeptanz nicht allein zu erklären. Das Vertrauen in die Institution und die Angst vor ihrer Abschaffung liefern dagegen zusätzliche Erklärungen, warum eine Bevölkerungsmehrheit seit über 30 Jahren das «notwendige Übel» akzeptiert.

Thomas Brückner, Jg. 1979, ist Historiker, Politikwissenschaftler und ehemaliger Sekretär der SP Basel-Stadt.

7 Barry Buzan, Ole Waever, Regions and Powers. The Structure of International Security, Cambridge 2003, S. 355 ff: Ole Waever hat die Angst vor einem neuerlichen europäischen Krieg beim Wegfall der EU einen «Metadiskurs» und Hauptgrund für die Akzeptanz Europas genannt.

8 Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Silvia Würmli (et. al.), Sicherheit 2008. Aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend, Zürich 2008, S. 161.

9 Ebd., S.160.